



Rede von Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen

Haushaltsgesetz 2020

18. September 2019
Landtag NRW

Es gilt das gesprochene Wort.

Während der Plenardebatte zum Haushalt stehen Ihnen bei Rückfragen gerne zur Verfügung:

- Fabian Schlabach (0162/2670580)
- Dr. Christian Buchmüller (0174/7825133)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Manche Beobachtungen sind auch nach Jahrzehnten aktuell. Vielleicht sogar aktueller denn je. Zum Beispiel die von Ludwig Erhard aus den Aufbaujahren. Damals warnte er vor der sprichwörtlichen „deutschen Gründlichkeit“, vor „Schwarz-Weiß-Denken“ und vor dem Hang zum radikalen „Entweder – Oder“. Katastrophale Irrwege seien oft die Folge.

Eine Ordnung der Mitte sei „komplizierter und differenzierter, denn sie zwingt zum Nachdenken und zur Rechenschaft“. Das Gefühl für Maß und Mitte bereichere uns jedoch, denn differenzierte Antworten sind meist die besseren. Maß und Mitte kennzeichnen deshalb unsere Haushaltspolitik.

Sie setzt an zwei Stellen an:

Erstens wollten wir uns nicht länger damit abfinden,

- wirtschaftliche Chancen ungenutzt zu lassen.
- Familien von der Kita bis zur Hochschule immer öfter erfahren zu lassen: Es geht bergab mit der Bildung.
- Oder die mangelhafte Innere Sicherheit weitere weltweite Schlagzeilen produzieren zu lassen.

Das ist nicht das Nordrhein-Westfalen, das wir wollen. Das wäre ein Land weit unter seinen Möglichkeiten.

Vom ersten Tag an ging es darum, diese Fehlentwicklung umzukehren. Die Schwerpunkte neu zu justieren. Mit echten strukturellen Investitionen. Daran arbeiten wir seitdem mit Sorgfalt, viel Herzblut und mit Erfolg. Denn wir wollen das Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen! Unser Land soll wieder erstklassig werden.

Zweitens gilt in guten wie in schlechten Zeiten: Wir müssen die gewaltige Investitionsaufgabe stemmen und trotzdem mit dem auskommen, was wir einnehmen.

Genau das haben wir zu Beginn der Nordrhein-Westfalen-Koalition vereinbart. Und genau das tun wir seitdem.

Dank vorausschauender Planung und Vorsorge auch im Angesicht einer konjunkturellen Delle und 841 Millionen Euro weniger Einnahmen als erwartet im Haushalt 2020.

Die klare Linie setzt sich fort: Notwendige Aufstiegsinvestitionen ohne neue Schulden!

Diesen haushaltspolitischen Kurs von Maß und Mitte mögen manche auf den ersten Blick altmodisch finden. Denn er setzt nicht auf Spaltung, lautes Getöse und unvereinbare radikale Ziele.

Sondern stattdessen auf die Versöhnung vermeintlicher Gegensätze, auf stille Vernunft und auf gesunden Menschenverstand.

Er setzt eine klare Haltung voraus.

Klarheit bedeutet: Man muss sich entscheiden. Gleichzeitig scharf nach rechts, scharf nach links und maßvoll geradeaus steuern, das geht nicht.

Haltung bedeutet: Kurs halten. Nicht das Fähnchen in den Wind hängen und sich wundern, wenn man sich nur noch um sich selber dreht. Denn der Wind weht heftig. Wer da seine Haltung verloren hat oder nie eine hatte, schreit dafür umso lauter. Nichts ist dann zu schrill für ein bisschen Aufmerksamkeit.

Eine radikale Position ist furchtbar einfach. Sie passt auch gut ins 280-Zeichenformat von Twitter:

In der Haushaltspolitik etwa die – fast – unschuldige Position, wie die drei Affen über Schwieriges hinwegzusehen. So, als gäbe es in Nordrhein-Westfalen keine Versäumnisse aus Jahrzehnten aufzuholen, die Geld kosten.

Wer sich auf dieses Glatteis begibt, der rutscht schnell aus.

Ernstgemeinter Beliebtheit erfreut sich ohnehin die andere Extremposition. Eine Tageszeitung brachte sie kürzlich entwaffnend ehrlich auf die Schlagzeile: „Haut das Geld raus!“.

Diese Haltung ist zwar falsch, aber immerhin klar. Da weiß man, was man hat.

Und gerade in Nordrhein-Westfalen besser nicht wiederhätte. Seit gerade einmal zwei Jahren macht Nordrhein-Westfalen keine neuen Schulden – nach 45 Jahren zuvor. Zwei Jahre, in denen Nordrhein-Westfalen das bereits tut, was rein rechtlich ab 2020 der Regelfall für alle Länder und Kommunen werden soll: Nämlich Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.

Und dennoch ist nicht zu übersehen, dass sich das politische Meinungsklima zu den staatlichen Finanzen viel schneller verändert hat als das thermisch-radiative Gleichgewicht im Erdklimasystem.

Ja, es gibt neuerdings sogar den nicht sonderlich subtilen Versuch, beide Themen so miteinander zu vermischen, dass das Weltklima als Entschuldigung fürs staatliche Schuldenmachen herhalten soll.

Den Hauptgrund dafür liefert jedoch die schwächere Konjunktur.

Natürlich trifft sie das wirtschaftlich eng verzahnte Industrieland Nordrhein-Westfalen:

- Wenn China infolge des Handelskrieges mit den USA weniger deutsche Autos importiert, merkt das der mittelständische Automobilzulieferer in Bocholt.
- Wenn am 31. Oktober plötzlich Einfuhrzölle zwischen Großbritannien und der Europäischen Union erhoben würden, merkt das unsere Chemieindustrie in Essen und Leverkusen.

Aber: Reden wir doch keine Krise herbei!

Wir schreiben nicht das Jahr 1929 und auch nicht 2009. Noch nie gab es etwa so viele Jobs wie heute.

Es gibt derzeit keine Voraussetzungen für eine antizyklische Konjunkturpolitik à la John Maynard Keynes. Was wir sehen, sind ernstzunehmende branchenspezifische Probleme.

„Panik, Pessimismus und Aktionismus“ sind nicht das Gebot der Stunde, wie Bundesbankpräsident Jens Weidmann zu Recht warnt.

Politische Führung verlangt gerade jetzt Gelassenheit, Optimismus und kluges, langfristig durchdachtes Handeln.

Daran ändert auch das gar nicht so neue niedrige Zinsniveau nichts, das in Europa wohl noch länger anhalten dürfte.

Ja, Schuldenmachen geht kurzfristig einfacher. In Amerika bezeichnet der Präsident seinen eigenen Notenbankchef als „Feind“, weil er ihm das große Schuldenmachen nicht weiter erleichtern will. Wie man liest, gehörten ungedeckte Schecks und enorme Schulden wohl auch schon zum früheren Geschäftsmodell Trump.

Bloß: Anders als bei dem Immobilienunternehmer Trump könnten weder das Land Nordrhein-Westfalen noch die Bundesrepublik Deutschland

- erst auf Pump Geschäfte machen,
- hinterher die Rechnung nicht bezahlen und
- stattdessen ein paar Anwälte schicken.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen müssten die Rechnung zahlen, um Vertrauen zu erhalten.

Die hohe Bonität von Bund und Land speist sich aus diesem Vertrauen. Dafür werden wir beneidet.

Stichwort Trump: Glaubt denn jemand ernsthaft, dass es bei einer Finanzkrise wie 2009 zu einer international abgestimmten Reaktion kommen würde? Nein.

Und auch die EZB hat ihr Pulver verschossen.

In einer solchen Situation wäre es im wahrsten Sinne Gold wert, wenn der deutsche Staat – Bund und Länder – über hinreichende Bonität verfügte, um uns selber helfen zu können. Aber eben erst in einem solchen Notfall.

Wir brauchen deshalb heute einen klugen haushaltspolitischen Kurs von Maß und Mitte, der die notwendigen strukturellen Investitionen vornimmt und das Ziel der Balance nie aus den Augen verliert. Das sehen kenntnisreiche Beobachter wie der Vorsitzende der Wirtschaftsweisen Christoph M. Schmidt genauso.

Und dafür steht unsere Haushaltspolitik – von Tag eins an. Deshalb freue ich mich, dass diese Verlässlichkeit auch neutrale Experten überzeugt: Mit Standard & Poor's hat eine der weltweit führenden Ratingagenturen unser Land soeben zum ersten Mal seit 15 Jahren wieder auf die sehr gute Bonitätsstufe „AA“ aufgestuft. Das Urteil fällt die Agentur nach einem sorgfältigen Blick in die Bücher. Und es ist eindeutig: Wir setzen die richtigen Rahmenbedingungen mit Investitionen, Zukunftsvorsorge und ohne neue Schulden.

Natürlich kann man von der Opposition eine solch neutrale Bewertung unserer Politik nicht verlangen. Was ich mir jedoch wünsche, ist wenigstens eine klare haushaltspolitische Haltung!

Nur: die ist leider nicht zu erkennen:

Da ist einmal urplötzlich die neue Liebe zum Thema Schuldentilgung.

Ich erinnere an schrille Worte wie „armselig“ oder „Offenbarungseid“ angesichts unseres Einstiegs in die Tilgung mit weit über einen halben Milliarde Euro.

Aber: dass ausgerechnet die Vertreter der die Vorgängerregierung tragenden Parteien mit einem Mal schneller Schulden abschaffen wollen – das passt nicht zu den knapp 15 Milliarden Euro neuer Schulden, die die Vorgängerregierung in ihrer siebenjährigen Amtszeit zusätzlich hinterlassen hat.

Fast noch schlimmer als die Schulden war das riesige Investitionsdefizit, das wir trotz der enormen Neuverschuldung 2017 vorfanden: Dass zahlreichen KiTas die Schließung drohte, ist nur eines von unzähligen Beispielen der Versäumnisse! Das ist der Grund dafür, warum wir

- trotz des deutlichen Einstiegs in die Schuldentilgung,
- trotz der konsequenten Nutzung von Zinsvorteilen durch langfristige Umschuldung

vor allem in das Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen investieren und endlich für die sträflich vernachlässigten Risiken vorsorgen müssen.

Nur am Rande sei erwähnt, dass die von uns getroffene Vorsorge – in Summe 2,7 Milliarden Euro seit Regierungsübernahme – auf Grund der Zinsdifferenzen im Saldo wirtschaftlicher waren als eine ausschließliche Schuldentilgung im selben Zeitraum.

Doch in diesem hohen Haus gilt aktuell: Wer am lautesten „Haltet den Dieb“ schreit, ist der Dieb. Wenigstens diese plumpe Haushaltspolitik der Beliebigkeit könnten Sie uns ersparen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsparteien!

Da lobe ich mir die ungeschminkte Offenheit eines der immer zahlreicheren Bewerber aus Nordrhein-Westfalen um den Vorsitz der Bundes-SPD:

Professor Karl Lauterbach plädiert ganz offen dafür, die Schuldenbremse zu lösen.

Das klingt doch gleich viel vertrauter. Das hatten wir in Nordrhein-Westfalen 45 Jahre lang.

Nur leider wird mir niemand plausibel erklären können, wie diese Politik eigentlich mit der unerwarteten neuen Leidenschaft für eine verstärkte Schuldentilgung zusammenpasst!

Nämlich überhaupt nicht! Sie wollen alles und von allem das Gegenteil. Klare Haltung Fehlanzeige!

Vielleicht ist es ja eine ganz besondere Dialektik: Sozusagen Heinrich Brüning und John Maynard Keynes zusammen gedacht. Radikale Haushaltskonsolidierung und antizyklische Konjunkturpolitik gleichzeitig auf einmal. Das wäre Nobelpreis-verdächtig.

Ich befürchte jedoch, die Wahrheit ist schlichter.

Sie haben auch als Opposition – wie zu Ihrer Regierungszeit – das mit dem Rechnen einfach nicht ganz so ernst genommen.

Ich habe das deshalb einmal übernommen für Sie:

- Die zusätzlichen Forderungen der Grünen belaufen sich allein im Zeitraum von 2017 bis 2019 hier in Nordrhein-Westfalen auf 33,7 Milliarden Euro, darunter ein 30-Milliarden-Euro teurer Infrastrukturfonds.
- Die zusätzlichen Forderungen der nordrhein-westfälischen SPD belaufen sich auf knapp 10 Milliarden Euro. Darunter unterschiedlichste Wünsche wie mehr als eine halbe Milliarde Euro zusätzlich für Studentenwohnheime bis hin zu einem zusätzlichen 870 Millionen Euro teuren Paket für Sozialprogramme.

In Summe belaufen sich die bereits bestehenden Forderungen aller drei Oppositionsparteien in den letzten beiden Jahren auf sagenhafte 43,8 Milliarden Euro zusätzlich.

Falls überhaupt jemals gerechnet wurde, kann ich mir es frei nach Wolfgang Schäuble nur damit erklären, dass Sie beim Rechnen Plus und Minus verwechselt haben. Dann ist nämlich alles plötzlich ganz einfach.

Allerdings warnte schon Albert Einstein: „Mache die Dinge so einfach wie möglich, aber nicht einfacher!“

Und auch mit Blick auf Ihre wahre Absicht hatte Einstein etwas zu sagen. Nämlich: „Man kann Probleme niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Neue Schuldenberge braucht Nordrhein-Westfalen jetzt ganz sicher keine.

Olaf Scholz hat recht, wenn er bezogen auf den Bund am Haushalt ohne Neuverschuldung festhält und ergänzt: ZITAT „Man muss nur mit großer Sorgfalt, mit großer Intensität, mit großer Präzision (...) arbeiten“. Zitatende.

Das gilt für das erst zwei Jahre ohne Neuverschuldung auskommende Nordrhein-Westfalen umso mehr.

Ansonsten ist Scholz nichts hinzuzufügen.

Große Sorgfalt, große Intensität, große Präzision.

Wichtig für eine Finanzarchitektur, die die Grenzen der Baustatik eben nicht ausreizt:

Hätten wir die ersten beiden Haushalte auf Kante genäht, könnten 841 Millionen Euro weniger als gedacht die Konstruktion heute ins Wanken bringen.

Umgekehrt wären zu wenig strukturelle Investitionen sträflich gewesen. Und so paradox es sein mag: ausgerechnet eine Kennzahl bei den rückläufigen Einnahmewüchsen zeigt auch an, dass wir vorankommen. Denn 132 Millionen Euro verliert Nordrhein-Westfalen bei den Bundesergänzungszuweisungen. Der Grund: Unsere Finanzkraft ist im Ländervergleich gestiegen.

Sorgfalt bedeutet vor allem „Risikovorsorge“.

Ein sicheres Gebäude muss gegen absehbare Einwirkungen geschützt werden. So wie ein Gebäude vor einwirkenden Lasten wie Schnee, Wind und Regen geschützt werden muss, haben wir seitdem die unterbliebene Vorsorge für Risiken in Höhe von fast 2,7 Milliarden Euro geleistet:

- 1,28 Milliarden Euro haben wir vorgehalten für die noch immer bestehenden Risiken auf Grund des jahrzehntelangen katastrophalen Missmanagements der früheren WestLB unter den Vorgängerregierungen.

Wir haben das Risiko für die gesamte Legislaturperiode eliminiert.

- 800 Millionen Euro haben wir zusätzlich dem Pensionsfonds für die Beamtinnen und Beamten unseres Landes zugeführt. In dieser Legislaturperiode werden es insgesamt 1,4 Milliarden Euro sein, 40 % mehr als nach dem Pensionsfondsgesetz erforderlich.
- Und 582 Millionen Euro flossen in die Vorsorge für weitere Risiken.

All das ist wie eine weiße Wanne beim Bau im sumpfigen Gebiet: Man sieht sie vielleicht nicht jeden Tag, aber es ist gut, dass es sie gibt.

Auch die sichtbaren politischen Schwerpunkte haben eines gemeinsam: Sie stärken Nordrhein-Westfalen strukturell. Das geht nur – mit Scholz gesprochen – dank großer Intensität und Präzision. Wir halten uns auch daran.

Das Land braucht keine immer neuen konsumtiven Wohltaten, die dann verpuffen. Am besten garniert mit immer neuen willkürlich festgelegten Grenzen der Begünstigung, so dass am Ende gerade die Aufsteiger bestraft werden, die dank harter Arbeit vielleicht 1,50 Euro zu viel verdienen.

Und die dann noch als faulenzende Millionäre im Liegestuhl verunglimpft werden, so wie das leider in jüngster Zeit geschehen ist!

Das letzte, was ein Aufsteigerland wie Nordrhein-Westfalen in der jetzigen Situation braucht, ist ein Klassenkampf gegen die Aufsteiger!

Wir brauchen auch keine Umverteilungsdebatte, keinen Systemwechsel, keine bürokratisch-sozialistische Schreckensideen wie

- das neu geplante rot-rot-grüne Mietrecht in Berlin,
- die Vergemeinschaftung von BMW
- oder – wie es Herr Hartmann von der SPD nennt – eine „Demokratisierung der Wirtschaft“.

Sondern wir brauchen weiterhin das, was es unter der Vorgängerregierung niemals gab:

- einen soliden Haushalt und
- bessere Rahmenbedingungen für eine dynamische, funktionierende Soziale Marktwirtschaft.

So, wie sie dem Geist unserer bewährten 70jährigen Verfassung entspricht.

Nordrhein-Westfalen ist das Land des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Ein Land, das wie kein anderes für den Aufsteiger steht.

Wir werden keine vergiftete Stimmung zulassen, die all „jene verblüfft bis fassungslos zurücklässt“, die – wie es die Süddeutsche Zeitung angesichts der Verirrungen in der SPD kürzlich beschrieb – „ein gutes, aber keineswegs dekadentes Leben führen, weil sie hart dafür arbeiten.“

Aufstieg muss möglich bleiben!

Wir wollen alle stärken, die mit ihrer Leistung, mit ihrem Engagement in Nordrhein-Westfalen mit anpacken, egal ob Familien- oder Unternehmensmanagerin oder beides.

Auf Initiative von Nordrhein-Westfalen und der Freien und Hansestadt Hamburg hat der Bundesrat daher am 5. September einen neuen Vorstoß unternommen, die Mitte der Gesellschaft und das Ehrenamt zu stärken. Mit besseren Rahmenbedingung schon ab dem 1. Januar 2020.

Und unser haushaltspolitischer Kurs von Maß und Mitte setzt auch da an. Genau deshalb holen wir in Nordrhein-Westfalen seit Regierungsübernahme exakt auf diesen Feldern endlich die enormen Versäumnisse der Vergangenheit auf.

Mit gezielten Investitionen.

Allerdings haben wir – schon vor zwei Jahren – den folgenden Schluss gezogen: Es ist immer eine gute Idee, auch mal zu rechnen.

Und zwar

- richtig,
- vorsichtig und
- solide vom Anfang bis zum Ende einer Legislaturperiode.

Das beginnt bei der Bildung.

Seit unserer Regierungsübernahme stellen wir einschließlich des vorliegenden Entwurfs kumuliert zusätzlich 6,8 Milliarden Euro für die Bildung in Nordrhein-Westfalen bereitgestellt, und zwar

- für die frühkindliche Bildung 1,9 Milliarden Euro,
- bei den Schulen 3,4 Milliarden Euro und

- bei den Hochschulen 882,9 Millionen Euro.

Über die gesamte Legislaturperiode werden es nach der vorliegenden MFP in der Addition der einzelnen Jahre 15,6 Milliarden Euro sein.

Allein in diesem Haushaltsentwurf 2020 stellen wir 2,1 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung.

- Mit dem Trägerrettungsprogramm beenden wir die strukturelle Unterfinanzierung der Kitas.
- Mit dem neuen „Pakt für Kinder und Familien“ fließen zusätzlich 1,3 Milliarden Euro in die Kindertagesbetreuung.
- Die Zahl der Kindergartenplätze steigt auf knapp 750.000.
- Das Land übernimmt zusätzlich auch die Elternbeiträge für beide Jahre vor der Einschulung.
- Das Chaos um G8 und G9 wurde sofort beendet. Ebenso die unüberlegte Inklusionspolitik.
- Allein 2020 kommen 1.200 Stellen für Lehrerinnen und Lehrern hinzu, ganz besonders für die Neuausrichtung der schulischen Inklusion.

Wir stärken den Leistungsträgern den Rücken, die als

- Polizistinnen und Polizisten,
- als Lehrerinnen und Lehrer oder
- als Feuerwehrleute jeden Tag dafür sorgen, dass es läuft in diesem Land.

Gleichzeitig kommt unser Land beim Wettbewerb um die besten Köpfe entscheidend voran, indem rund 1 Milliarde Euro mehr in einen modernen, attraktiven öffentlichen Dienst investiert wird. Für die gesamte Laufzeit des Tarifvertrages werden es kumulativ über 5 Milliarden Euro für die Beteiligten sein.

Der Staat soll Partner, nicht Oberlehrer sein. Wir forcieren deshalb zum Beispiel in der Finanzverwaltung massiv den Ausbau digitaler Serviceangebote, einer klaren Sprache und einer einfacheren Kommunikation.

Seit unserer Regierungsübernahme stellen wir einschließlich des vorliegenden Entwurfs in der Summe zusätzlich 1,3 Milliarden Euro für Digitalisierung, Innovation und

Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen bereit. Über die gesamte Legislaturperiode werden es nach der vorliegenden MFP 2,9 Milliarden Euro sein.

Unser Land wird strukturell stärker, indem wir die Verhandlungserfolge für Nordrhein-Westfalen im Bund mit eigenen Strategien verknüpfen, etwa

- bei der Zukunft des Rheinischen Reviers, wo wir im Haushalt 2020 vorbereitende Maßnahmen in Höhe von 10 Millionen Euro einplanen. Oder
- bei der Batteriefabrik der Zukunft in Münster stehen bereits 50 Millionen Euro bereit.
- Wir stärken die Gründerinnen und Gründer zusammen mit der NRW.Bank um fast eine Viertelmilliarde Euro zusätzlich
- Zusätzliche 20 Millionen Euro fließen mit dem Haushalt 2020 in ein modernes Straßenverkehrsnetz von Land und Kommunen.
- Anlieger werden durch zusätzliche 65 Millionen Euro erheblich bei den Kosten für Straßenausbaumaßnahmen entlastet.

Ein starker Standort Nordrhein-Westfalen braucht auch starke Kommunen. Im Landeshaushalt 2020 sind für die Kommunen insgesamt – Steuerverbund, Kompensationsleistungen und Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans – Mittel von rund 28,7 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind 36,1 % der Gesamtausgaben des Landes. In 2017 waren es 24,9 Milliarden Euro und 34,4 % der Landesausgaben. Damit haben die Kommunen seit unserer Regierungsübernahme rund 3,8 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung.

Wir schaffen mehr Sicherheit für unsere Bürger. Seit unserer Regierungsübernahme stellen wir einschließlich des vorliegenden Haushalts 2020 kumuliert 1,4 Milliarden Euro zusätzlich für die Innere Sicherheit Nordrhein-Westfalens zur Verfügung, Justizausgaben nicht mit eingerechnet. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden es nach der vorliegenden MFP insgesamt 3,1 Milliarden Euro sein.

- Zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme gab es 2.000 Polizeianwärterstellen. Heute sind es 2.500 pro Jahr.
- Zusätzlich gibt es jährlich 500 neue Stellen für den polizeilichen Verwaltungsdienst. Also mehr Polizei auf der Straße!

- 640 zusätzliche Stellen zur Übernahme von geprüften Kommissaren schaffen wir allein mit dem Haushalt 2020.

Es gibt auch in diesem Haushaltsentwurf erneut deutlich mehr Mittel im Kampf gegen Kriminalität, Terror und Extremismus.

Diese Investitionen mache ich als Finanzminister besonders gerne. Denn Aufstieg ohne Sicherheit – das Risiko gehen wir nicht ein!

Wir spüren es alle: Die Zeit bricht auch in unserem zentraleuropäischen Industrieland um. Die neue Zeit birgt Chancen. Aber: Sie setzt gerade viele in der Mitte auch unter Druck.

- Werde ich in 10, 20 Jahren noch an meinem Arbeitsplatz gebraucht?
- Verliert meine Heimatregion den Anschluss?
- Können beide Elternteile arbeiten gehen im Wissen, dass das eigene Kind in einer guten Kindertagesbetreuung ist?
- Kann ich sicher in Nordrhein-Westfalen leben?

Das sind nur einige der zahlreichen Fragen, die sich viele heute stellen.

Gerade Nordrhein-Westfalen steht wie kein anderes deutsches Land für den erfolgreichen Aufstieg nach dem Krieg.

Für eine Soziale Marktwirtschaft, die – um es mit dem Soziologen Helmut Schelsky zu sagen – eine nivellierte Mittelstandsgesellschaft hervorgebracht hat. Eine starke Mitte.

Altbundespräsident Joachim Gauck ist nicht der einzige, der sich angesichts der Umbrüche um den Zusammenhalt sorgt. In einem lesenswerten Buch mahnt er zu mehr Toleranz.

Auch gegenüber Positionen, mit denen man nicht übereinstimmt. Das betrifft vor allem die Art und Weise, wie wir miteinander reden und umgehen. Und, ob überhaupt noch.

Und er warnt vor einer Spaltung, denn - Zitat: „Auf Grund der zentralen Bedeutung von Wissen als Rohstoff und Ware im digitalen Zeitalter sortiert sich die Gesellschaft neu.“ Besonders in der Mitte.

In einer solchen Situation sollten wir gerade bei uns in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass wirklich alle von den neuen Chancen einer offenen, modernen und freien Gesellschaft profitieren können. Dass Aufstieg weiter, vielleicht sogar besser möglich ist als früher.

Wir wollen zeigen, dass die Politik alles unternimmt, um an den entscheidenden Stellen strukturelle, also dauerhafte, echte Verbesserungen zu erreichen.

- Bei den Kitas,
- in den Schulen,
- bei der Sicherheit.
- Für die, die sich tagtäglich ins Zeug legen für unser Land.

Es wäre vermessen, wenn eine Landesregierung für sich in Anspruch nähme, die treibenden Kräfte unserer Zeit aufhalten zu können. Oder Handelskonflikte stoppen zu können.

Realistisch hingegen ist es, alles an Rhein, Ruhr und Lippe dafür zu tun, auch unter veränderten Bedingungen Aufstieg für alle zu ermöglichen,

- gerade jetzt unsere Stärken wie Industrie und Mittelstand weiter zu stärken,
- gerade jetzt dafür zu sorgen, alle in Nordrhein-Westfalen mitzunehmen, ob in Bocholt, Bochum oder Burscheid.
- Gerade jetzt Spaltungen zu vermeiden statt neue zu forcieren.
- Und gerade jetzt bestehende Institutionen zu stärken.

Die deutsche Institution par excellence ist nach wie vor das vor 70 Jahren in Bonn verabschiedete Grundgesetz. Vor einer Dekade wurden darin sinnvolle normative Vorgaben für eine generationengerechte Haushalts- und Finanzpolitik niedergelegt.

All das spricht dafür, den haushaltspolitischen Kurs von Maß und Mitte gerade heute nicht zu verlassen.

Die für den Aufstieg notwendigen Mittel müssen und werden wir bereitstellen. Und gleichzeitig keine neuen Schulden machen.

Das ist der richtige Weg für Nordrhein-Westfalen!

Herzlichen Dank!